

Hinweise zur Haftung der Stadt Köln für persönliche Gegenstände der Schul- und Kindergartenkinder

Umfang der Erstattung

(1) Die Stadt Köln gewährt

- Schülern und Schülerinnen in Schulen der Stadt Köln und
- Kindern in den Kindergärten und Kindertagesstätten der Stadt Köln

für „persönliche Gegenstände, die für den Schul- bzw. Kindergartenbetrieb erforderlich sind“ (Kleidungsstücke, Unterrichtsmittel o.ä.), Deckungsschutz für Sachschäden. Dieser bezieht sich auf Beschädigung, Zerstörung und Verlust von Kleidungsstücken und Schulsachen, die Schüler

- a) zur Teilnahme am lehrplanmäßigen Unterricht in den von der Schulleitung dazu bestimmten Räumen oder Plätzen des Schulgrundstücks oder
- b) gelegentlich der Teilnahme an lehrplanmäßigen oder anderen schulischen Veranstaltungen außerhalb des Schulgrundstücks (z.B. gemeinsame sportliche Übungen, Schulgottesdienst) an einem von der Aufsichtsperson bestimmten Ort unter Aufsicht

ablegen, aufbewahren oder abstellen.

Diese Regelung gilt entsprechend auch für die Kinder in Kindergärten/-tagesstätten und in den Offenen-Ganztageschulen (OGTS).

(2) Zu den „persönlichen Gegenständen, die für den Schul- bzw. Kindergartenbetrieb erforderlich sind“ werden nicht gerechnet:

Mobiltelefone (Handys), Gameboys, sonstige Spielkonsolen, Geldbörsen, Geldbeträge, EC- und Kreditkarten, Ausweispapiere, Schlüssel, Schmuck, Fotoapparate, Radiogeräte, MP3-Player, Walkman u.ä., motorbetriebene Fahrzeuge, Skateboards, Tretroller, Nierengurte u.ä.

(3) Die Entschädigungsgrenze für die Beschädigung, Zerstörung und Verlust von Fahrrädern wird auf 200,00 € je Fall festgelegt. Eine Erstattung bei Diebstahl erfolgt nur, wenn das Fahrrad mit einem Schloss gesichert war.

(4) Vom Inhalt der abgelegten Kleidungsstücke sind nur in deren Taschen befindliche Halstücher (Schals) und Handschuhe erstattungsfähig. Am Körper getragene Bekleidung ist grundsätzlich nicht erstattungsfähig.

(5) Für Schäden, die sich Schüler und Kindergartenkinder untereinander zufügen, haftet die Stadt Köln nicht.

Ausschlüsse

(1) Von der Erstattung ausgeschlossen sind Schäden, entstanden durch

- a) vorsätzliches oder grobfahrlässiges Verhalten des Geschädigten
- b) Witterungseinflüsse, insbesondere Regennässe.

- (2) Ersatzleistung wird nicht gewährt, soweit eine private Diebstahl- oder eine sonstige Sachversicherung eintritt. Private Versicherungen sind vorrangig zur Schadensregulierung verpflichtet.
- (3) Die Stadt haftet ebenfalls nicht für abhanden gekommene Gegenstände, die vom Lehrpersonal während des Unterrichts in Gewahrsam genommen wurden.

Umfang der Ersatzleistung

- (1) Die Stadt Köln ersetzt bei Zerstörung und Verlust den **Zeitwert**, bei Beschädigung den Betrag, der zur Wiederinstandsetzung aufgewendet werden muss, höchstens aber den Zeitwert. Die Entschädigung beträgt höchstens EUR 200,00 je Schadensfall. Für Taschenrechner werden höchstens EUR 30,00, für Füllfederhalter u.ä. höchstens EUR 15,00 gezahlt.
- (2) Der Anschaffungswert und die Gebrauchsdauer sind, soweit sie nicht durch Kaufbelege nachgewiesen werden können, in geeigneter Form glaubhaft zu machen. Bei Beschädigung sind zusätzlich die Wiederinstandsetzungskosten durch Vorlage der Rechnung nachzuweisen.

Obliegenheiten im Schadensfall

- (1) Jeder berechtigte Schadensfall ist dem Rechts- und Versicherungsamt der Stadt Köln, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln, 300/2, Tel. 221-22085, rechtsamt@stadt-koeln.de, Fax-Nr. 221-24927, spätestens innerhalb einer Woche über die Schule bzw. den Kindergarten schriftlich anzuzeigen. Von der Schule bzw. vom Kindergarten wird die Schadensmeldung zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wird damit bestätigt, dass das betreffende Schul- bzw. Kindergartenkind, die Einrichtung regelmäßig besucht.
- (2) Der Diebstahl einer Sache ist außerdem unverzüglich bei der Polizei anzuzeigen. Der diesbezügliche Nachweis ist der Schadensmeldung beizufügen.
- (3) Der/die Anspruchsteller/Anspruchstellerin hat zu beweisen, dass die Sache, für die Ersatz beansprucht wird, in der von ihr behaupteten Beschaffenheit beschädigt oder zerstört worden oder verlorengegangen ist.
- (4) Wird bekannt, wo eine verlorene Sache verblieben ist, so ist das Rechts- und Versicherungsamt davon unverzüglich zu benachrichtigen. Der/die Antragsteller/Antragstellerin hat darauf hinzuwirken, dass alle erforderlichen Schritte unternommen werden, die Sache festzustellen und wiederzuerlangen. Hat das Rechts- und Versicherungsamt die Entschädigung bereits gezahlt, kann es die Abtretung der dem Eigentümer zustehenden Rechte verlangen.
- (5) Verantwortlich für die Erfüllung der Obliegenheiten ist der/die Antragsteller/Antragstellerin.

Folgen von Obliegenheitsverletzungen

Durch eine Verletzung der Obliegenheiten werden die Ansprüche nicht verwirkt, jedoch haftet die Stadt nicht für die Beträge, um die sich der Schaden infolge bewusster oder grobfahrlässiger Verspätung der Anzeigen und oder der Benachrichtigung des Rechts- und Versicherungsamt und der erforderlichen Schritte zur Feststellung und Wiedererlangung der Sache vergrößert hat.

Geltung der gesetzlichen Vorschriften

Soweit nicht in diesen Hinweisen oder durch besondere Vereinbarung Abweichendes bestimmt ist, gelten die gesetzlichen Vorschriften.